

1 1. Aug. 1951

16A 15242

## Unglückliche Vorstöße in die Politik

In der jüngsten Zeit haben sich die Fälle gehäuft, in denen von beamteten Vertretern der evangelischen Landeskirche Vorstöße in die Politik unternommen wurden, die weithin ein starkes Befremden verursachten. Wir erinnern einmal an das sogenannte „historische Dokument“, zu dessen Verfassung oder Unterzeichnung sich mehrere Duzend protestantischer Pfarrer berufen fühlten und das, mit einem strikten Hinweis auf das Alte Testament, freigeldlerische Auffassungen über die Geldwährung zum Besten gab. Diese Woche sodann rührte sich — in der thurgauischen sozialistischen Zeitung — wieder einmal ein Pfarrer aus dem Kreis der Religiös-Sozialen mit einer Meinungsäußerung zu Gunsten der unbewaffneten schweizerischen Neutralität. Gegen den „Westen“, so behauptet Pfarrer Krobe, würde ja ohnehin kein Schweizer Krieg führen. Wenn aber der „Osten“ angreife und, wie zu erwarten sei, im ersten Ansturm bis an den Atlantik vordringe, so werde der Angreifer den „stacheligen Igel“ hinter seinem Rücken unmöglich dulden können. Der Kleine werde dem Großen zum Raub, und alle Tugenden der Tapferkeit, der Opferfreudigkeit, der Lebenshingabe sei an falsche Mittel und verkehrte Wege zur Erhaltung der Volkskraft und des Weitergedeihens des Volkes verschwendet. Auch mit der unbewaffneten Neutralität würden wir zwar, gibt der sozialistische Prediger zu, dem Wohlwollen des „großen Freundes sowohl als auch des großen Gegners“ ausgeliefert; aber wir besäßen so wenigstens den sittlichen Schutz, nicht mit verworfenen Mitteln den Anderen zu Feindseligkeiten gereizt zu haben. Für den Aufbau des Friedens unter den Völkern würden wir mit unserer Abrüstung zudem einen entscheidenden Beitrag leisten.

Es ist erstaunlich, heute noch irgendjemanden, sei er von diesem oder jenem Stande, von höherer oder geringerer Bildung, nach der Art von Pfarrer Krobe argumentieren zu hören; seine Meinungsäußerung widerspricht dem gesunden Lebens- und Verteidigungswillen des Schweizervolkes, den es zu allen Zeiten seiner Geschichte an den Tag gelegt hat und der heute so notwendig ist wie je. Es ist auch erwiesen, daß die militärische Bereitschaft der Schweiz jene Macht, die die beiden Weltkriege entfesselte, nicht zum Angriff auf unser Land provoziert, sondern sie im Gegenteil schließlich zum Verzicht auf den Einmarsch bewogen hat. Doch es lohnt sich wohl kaum, sich mit der „religiös-sozialen“ politischen Phantasterei herumzuschlagen. Wichtiger ist der dritte Fall eines theologischen Vorstoßes in die Politik. Er geht auf die letzten Jahre zurück, ist aber heute durch die von der bernischen Kantonsregierung amtlich veröffentlichte Abrechnung des bernischen Kirchendirektors und Nationalrates Dr. Feldmann mit Professor Dr. Karl Barth in Basel aktuell geworden.

Professor Dr. Karl Barth, weltbekannter Theologe und Schöpfer eines eigenen protestantisch-kirchlichen Dogmas, hat auch in den Kreisen, die sich um theologische Streitigkeiten wenig kümmern, einen guten Namen erworben wegen seiner Standfestigkeit gegenüber dem Nationalsozialismus. Seither aber enttäuscht er viele seiner Bewunderer sehr durch seine Haltung gegenüber dem Kommunismus und der roten Diktatur des Ostens. Er hebt das kommunistische Regime weit über das nationalsozialistische empor. Es entbehre wirklich allen Sinnes, erklärte er in seinem Vortrag, wenn man einem Mann von dem Format von Josef Stalin mit solchen Scharlatanen wie Hitler, Göring, Goebbels und so fort auch nur einen Augenblick im gleichen Atem nennen wollte. Was in Sowjet-Rußland — es sei denn: mit sehr schmutzigen und blutigen Händen, in einer uns mit Recht empörenden Weise — angefaßt worden sei, sei immerhin „eine konstruktive Idee, immerhin die Lösung einer Frage, die wir mit unseren sauberen Händen nun doch noch lange nicht energisch genug angefaßt haben: der sozialen Frage“. „Ein christliches Nein zur dortigen Lösung dieser Frage könnte unser westliches Nein nur dann sein,

Wahrheit tun könne — und hier sei wirklich mehr als bloßer Schein! —, hätten wir, jedenfalls christlich gesehen und geurteilt, Anlaß, seine Existenz als einen Pfahl in unserem Fleisch anzusehen und zu behandeln, den wir mit keinen Deklamationen gegen sein Unrecht loswerden können.

Diese Stellen, einem Vortrag über die „Kirche zwischen Ost und West“ entnommen, sagen genug über die Haltung des Hauptes einer ganzen, heute sehr verbreiteten theologischen Richtung. Mit Büßen und Beten um unsere eigene Besserung sollten wir, wenn wir Professor Barth recht verstehen, auf den Kommunismus antworten, und uns ja nicht selbst verteidigen wollen. Der bernische Kirchendirektor, Dr. Feldmann, hat darauf eine ganz andere Antwort gegeben: eine Antwort aus dem Selbstbewußtsein eines Volkes, welches sich nicht nur menschlicher Methoden bedient, sondern mit seinen Methoden auch gute, anständige Absichten verfolgt. Kein Mensch behauptet, wir hätten die Gerechtigkeit gepachtet und in der allervollkommensten Weise verwirklicht, aber das dürfen wir jedenfalls durch alle Böden behaupten: daß das freiheitlich-demokratische Prinzip für die Verwirklichung einer gerechten Ordnung weit mehr verspricht, als es jedes andere staatliche Regime zu tun vermag. Was wirklich aller Vernunft entbehrt, ist, die marxistische Idee und deren Verwirklichung durch Männer wie Stalin und seine Trabanten in einem Atemzug mit unseren schweizerisch-demokratischen Ideen zu nennen. Professor Barth hat bei den Kommunisten viel Lob geerntet, und seine Reden sind in ihren Zeitungen ausgeschlachtet worden. Nicht minder bezeichnend aber ist, daß auf der anderen Seite das Zürcher „Volksrecht“ das Memorial Dr. Feldmanns als ein Dokument von großer grundsätzlicher Bedeutung bezeichnet; es enthalte das Beste, was seit Jahren den Standpunkt der schweizerischen Politik und der schweizerisch-demokratischen Staatsauffassung zum Thema „Kirche und Staat“ geschrieben worden sei.

Die sich häufenden verfehlten Vorstöße aus der protestantischen Theologie gegen unseren freiheitlich-demokratischen Staat bilden ein Mergen, das nicht zur Selbstprüfung, sondern zu kräftiger Abwehr durch das protestantische Bürgertum mahnt. Freilich — das möchten wir hier gleich hervorheben — tun wir gut daran, unser großes Vertrauen auf die selbst geschaffene Ordnung auch darauf auszudehnen, daß das Schweizervolk sich der Gefahr der Irreführung gewachsen zeigt und daß deshalb kein Grund besteht, die Toleranz — das ist die Anerkennung der Freiheit des Andern — ängstlich zu beschränken. Sie ist eine der besten von unseren westlichen Methoden, aber sie muß auch angewendet werden, wenn es darauf ankommt. Es schmerzt zum Beispiel, wenn sogar einem „Nebelspalter“ das Malheur passiert, in die Reihen der „Friedens-Partisanen“ — man weiß, was man darunter zu verstehen hat — auch einen Fritz Wartenweiler zu stellen, und das nur, weil er den hoffnungslosen Versuch nicht aufgeben wollte, mit den Leuten von der anderen Seite ins Gespräch zu kommen.

Die Toleranz schließt eine tüchtige Abrechnung nicht aus; sie verlangt sie vielmehr zur Ergänzung, wo und wenn immer Zweifel darüber aufkommen könnten, ob hinter der Duldung eine eigene klare feste Überzeugung stehe. Wir wollen nicht auf die zwei ersterwähnten Fälle zurückkommen; denn sie erledigen sich von selbst. Im Falle des Professors Barth aber war die Abrechnung fällig, und das besonders darum, weil er nicht zu den Männern zu zählen ist, die wir als kommunistisch durch und durch versucht abgeschrieben haben, sondern zu denen, die im Rufe stehen, aus innerer Unabhängigkeit und aus einer besonders klaren Erfassung der christlichen Lehre zu reden. Daß es ein Regierungsrat und Kirchendirektor war, der zur Abrechnung mit dem Theologen Barth ausholte, mag etwas befremdlich erscheinen, ebenso der Anlaß und die amtliche Publikation. Ohne Zweifel ist hier der Bürger und Politiker dem Amtsmann durchgebrannt. Das ändert jedoch nichts daran, daß hier eine Abrechnung von einer Gründlichkeit vor uns liegt, welche es rechtfertigen würde, sie als ein historisches Dokument zu bezeichnen. Der Politiker Dr. Feldmann war um-

starkes Befremden verursachten. Wir erinnern einmal an das sogenannte „historische Dokument“, zu dessen Verfassung oder Unterzeichnung sich mehrere Duzend protestantischer Pfarrer berufen fühlten und das, mit einem strikten Hinweis auf das Alte Testament, freigedankliche Auffassungen über die Geldwährung zum Besten gab. Diese Woche sodann rührte sich — in der thurgauischen sozialistischen Zeitung — wieder einmal ein Pfarrer aus dem Kreis der Religiös-Sozialen mit einer Meinungsäußerung zu Gunsten der unbewaffneten schweizerischen Neutralität. Gegen den „Westen“, so behauptet Pfarrer Kober, würde ja ohnehin kein Schweizer Krieg führen. Wenn aber der „Osten“ angreife und, wie zu erwarten sei, im ersten Ansturm bis an den Atlantik vordringe, so werde der Angreifer den „stacheligen Igel“ hinter seinem Rücken unmöglich dulden können. Der Kleine werde dem Großen zum Raub, und alle Tugenden der Tapferkeit, der Opferfreudigkeit, der Lebenshingabe sei an falsche Mittel und verkehrte Wege zur Erhaltung der Volkskraft und des Weitergedeihens des Volkes verschwendet. Auch mit der unbewaffneten Neutralität würden wir zwar, gibt der sozialistische Prediger zu, dem Wohlwollen des „großen Freundes sowohl als auch des großen Gegners“ ausgeliefert; aber wir besäßen so wenigstens den sittlichen Schutz, nicht mit verworfenen Mitteln den Anderen zu Feindseligkeiten gereizt zu haben. Für den Aufbau des Friedens unter den Völkern würden wir mit unserer Abrüstung zudem einen entscheidenden Beitrag leisten.

Es ist erstaunlich, heute noch irgendjemanden, sei er von diesem oder jenem Stande, von höherer oder geringerer Bildung, nach der Art von Pfarrer Kober argumentieren zu hören; seine Meinungsäußerung widerspricht dem gesunden Lebens- und Verteidigungswillen des Schweizervolkes, den es zu allen Zeiten seiner Geschichte an den Tag gelegt hat und der heute so notwendig ist wie je. Es ist auch erwiesen, daß die militärische Bereitschaft der Schweiz jene Macht, die die beiden Weltkriege entfesselte, nicht zum Angriff auf unser Land provoziert, sondern sie im Gegenteil schließlich zum Verzicht auf den Einmarsch bewogen hat. Doch es lohnt sich wohl kaum, sich mit der „religiös-sozialen“ politischen Phantasterei herumzuschlagen. Wichtiger ist der dritte Fall eines theologischen Vorstoßes in die Politik. Er geht auf die letzten Jahre zurück, ist aber heute durch die von der bernischen Kantonsregierung amtlich veröffentlichte Abrechnung des bernischen Kirchendirektors und Nationalrates Dr. Feldmann mit Professor Dr. Karl Barth in Basel aktuell geworden.

Professor Dr. Karl Barth, weltbekannter Theologe und Schöpfer eines eigenen protestantisch-kirchlichen Dogmas, hat auch in den Kreisen, die sich um theologische Streitigkeiten wenig kümmern, einen guten Namen erworben wegen seiner Standfestigkeit gegenüber dem Nationalsozialismus. Seither aber enttäuscht er viele seiner Bewunderer sehr durch seine Haltung gegenüber dem Kommunismus und der roten Diktatur des Ostens. Er hebt das kommunistische Regime weit über das nationalsozialistische empor. Es entbehre wirklich allen Sinnes, erklärte er in seinem Vortrag, wenn man einem Mann von dem Format von Josef Stalin mit solchen Scharlatanen wie Hitler, Göring, Goebbels und so fort auch nur einen Augenblick im gleichen Atem nennen wollte. Was in Sowjet-Rußland — es sei denn: mit sehr schmutzigen und blutigen Händen, in einer uns mit Recht empörenden Weise — angefaßt worden sei, sei immerhin „eine konstruktive Idee, immerhin die Lösung einer Frage, die wir mit unseren sauberen Händen nun doch noch lange nicht energisch genug angefaßt haben: der sozialen Frage“. „Ein christliches Nein zur dortigen Lösung dieser Frage könnte unser westliches Nein nur dann sein, wenn wir hinsichtlich dessen, was wir mit unserer westlichen Freiheit meinen und beabsichtigen, gerade in dieser Hinsicht ein besseres Gewissen hätten.“ Solange es im Westen noch eine „Freiheit“ gäbe, Wirtschaftskrisen zu veranstalten, hier Getreide ins Meer zu werfen, während dort gehungert wird, solange sei es uns jedenfalls als Christen verwehrt, dem Osten ein unbedingtes Nein entgegenzuschleudern. Wenn wir ihn im Blick auf seine Methoden der Unmenschlichkeit beschuldigen und dabei sicher nicht unrecht haben, so sollten wir nicht vergessen, „daß er uns seinerseits der Unmenschlichkeit, nämlich einer Unmenschlichkeit unserer Absichten, unseres durch unseren heillosen Respekt vor den Sachwerten grundverdorbenen Denkens und Wollens bezichtigt: harter Taten nicht nur, sondern eines harten Herzens“. Solange er das auch nur mit einem Schein von

über die Haltung des Hauptes einer ganzen, heute sehr verbreiteten theologischen Richtung. Mit Büßen und Beten um unsere eigene Besserung sollten wir, wenn wir Professor Barth recht verstehen, auf den Kommunismus antworten, und uns ja nicht selbst verteidigen wollen. Der bernische Kirchendirektor, Dr. Feldmann, hat darauf eine ganz andere Antwort gegeben: eine Antwort aus dem Selbstbewußtsein eines Volkes, welches sich nicht nur menschlicher Methoden bedient, sondern mit seinen Methoden auch gute, anständige Absichten verfolgt. Kein Mensch behauptet, wir hätten die Gerechtigkeit gepachtet und in der allervollkommensten Weise verwirklicht, aber das dürfen wir jedenfalls durch alle Böden behaupten: daß das freiheitlich-demokratische Prinzip für die Verwirklichung einer gerechten Ordnung weit mehr verspricht, als es jedes andere staatliche Regime zu tun vermag. Was wirklich aller Vernunft entbehrt, ist, die marxistische Idee und deren Verwirklichung durch Männer wie Stalin und seine Trabanten in einem Atemzug mit unseren schweizerisch-demokratischen Ideen zu nennen. Professor Barth hat bei den Kommunisten viel Lob geerntet, und seine Reden sind in ihren Zeitungen ausgeschlachtet worden. Nicht minder bezeichnend aber ist, daß auf der anderen Seite das Zürcher „Volksrecht“ das Memorial Dr. Feldmanns als ein Dokument von großer grundsätzlicher Bedeutung bezeichnet; es enthalte das Beste, was seit Jahren den Standpunkt der schweizerischen Politik und der schweizerisch-demokratischen Staatsauffassung zum Thema „Kirche und Staat“ geschrieben worden sei.

Die sich häufenden verfehlten Vorstöße aus der protestantischen Theologie gegen unseren freiheitlich-demokratischen Staat bilden ein Ärgernis, das nicht zur Selbstprüfung, sondern zu kräftiger Abwehr durch das protestantische Bürgertum mahnt. Freilich — das möchten wir hier gleich hervorheben — tun wir gut daran, unser großes Vertrauen auf die selbst geschaffene Ordnung auch darauf auszudehnen, daß das Schweizervolk sich der Gefahr der Irreführung gewachsen zeigt und daß deshalb kein Grund besteht, die Toleranz — das ist die Anerkennung der Freiheit des Andern — ängstlich zu beschränken. Sie ist eine der besten von unseren weltlichen Methoden, aber sie muß auch angewendet werden, wenn es darauf ankommt. Es schmerzt zum Beispiel, wenn sogar einem „Nebelspalter“ das Malheur passiert, in die Reihen der „Friedens-Partisanen“ — man weiß, was man darunter zu verstehen hat — auch einen Fritz Wartenweiler zu stellen, und das nur, weil er den hoffnungslosen Versuch nicht aufgeben wollte, mit den Leuten von der anderen Seite ins Gespräch zu kommen.

Die Toleranz schließt eine tüchtige Abrechnung nicht aus; sie verlangt sie vielmehr zur Ergänzung, wo und wenn immer Zweifel darüber aufkommen könnten, ob hinter der Duldung eine eigene klare feste Überzeugung stehe. Wir wollen nicht auf die zwei ersterwähnten Fälle zurückkommen; denn sie erledigen sich von selbst. Im Falle des Professors Barth aber war die Abrechnung fällig, und das besonders darum, weil er nicht zu den Männern zu zählen ist, die wir als kommunistisch durch und durch versucht abgeschrieben haben, sondern zu denen, die im Rufe stehen, aus innerer Unabhängigkeit und aus einer besonders klaren Erfassung der christlichen Lehre zu reden. Daß es ein Regierungsrat und Kirchendirektor war, der zur Abrechnung mit dem Theologen Barth ausholte, mag etwas befremdlich erscheinen, ebenso der Unlaß und die amtliche Publikation. Ohne Zweifel ist hier der Bürger und Politiker dem Amtsmann durchgebrannt. Das ändert jedoch nichts daran, daß hier eine Abrechnung von einer Gründlichkeit vor uns liegt, welche es rechtfertigen würde, sie als ein historisches Dokument zu bezeichnen. Der Politiker Dr. Feldmann war umsomehr dazu berufen, als auch er in den kritischen Jahren der nationalsozialistischen Angriffswelle in den vordersten Reihen der Verteidigung stand.